

SUSTAINABLE DEVELOPMENT UND BESCHÄFTIGUNG

LÖST EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG
AUCH DIE BESCHÄFTIGUNGSKRISE?

CLAUDIA PICHL

SUSTAINABLE DEVELOPMENT UND BESCHÄFTIGUNG

LÖST EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG
AUCH DIE BESCHÄFTIGUNGSKRISE?

CLAUDIA PICHL

Vortrag anlässlich der Nationalen Enquete "Rio + 5"
in Wien am 17. Dezember 1996

WIFO-Vorträge, Heft 72

SUSTAINABLE DEVELOPMENT UND BESCHÄFTIGUNG

LÖST EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG AUCH DIE BESCHÄFTIGUNGSKRISE?

CLAUDIA PICHL

Seit das mittlerweile auch schon wieder 10 Jahre alte "neue" Paradigma der "nachhaltigen Entwicklung" im Brundtland-Report 1987 geboren wurde, gab es immer wieder Änderungen des vorherrschenden und politikbestimmenden Blickwinkels auf die Nachhaltigkeitsproblematik: In den letzten Jahren ist der Themenbereich "Beschäftigung und Umwelt" in den Vordergrund gerückt.

Verschiebung des umweltpolitischen Fokus

Die Formulierung im Brundtland-Report der World Commission on Environment and Development war weit und ließ verschiedene Interpretationsmöglichkeiten offen:

Nachhaltige, dauerhaft tragfähige oder auch zukunftsfähige Entwicklung sei eine

"... Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihre Lebensstile zu wählen. Die Forderung, diese Entwicklung dauerhaft zu gestalten, gilt für alle Länder und alle Menschen ..."

Zu Beginn war der Blick hauptsächlich auf das Konfliktfeld gegenwärtige gegenüber zukünftige Generationen gerichtet: Ermöglicht unsere Lebensweise, unser Umgang mit der Umwelt auch unseren Nachkommen ein gutes Leben, oder betreiben wir Raubbau an den natürlichen Existenzgrundlagen? Die Nachhaltigkeits-Diskussion konzentrierte sich in der Folge auf diese zeitliche Dimension – die Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen, die sogenannte **inter-generationale** Gerechtigkeit.

Auf der UNCED-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio rückte – neben diesem inter-generationalen Aspekt – vor allem die Frage der **intra-generationalen** Gerechtigkeit **zwischen dem Norden und dem Süden** in den Mittelpunkt: Inwiefern verursacht die Armut (des Südens) Umweltzerstörung? Inwiefern verursacht der Reichtum (des Nordens), inwiefern verursacht Entwicklung Umweltzerstörung? Während auf der 1. UN-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm über Gesundheit und Umwelt (UNCHE) noch als klar galt, daß Armut der größte Umweltzerstörer ist, war das auf dieser 2. UN-Umweltkonferenz 1992 nicht mehr so eindeutig: Auch Entwicklung konnte offensichtlich umweltzerstörend sein! Das Nachhaltigkeits-Leitbild machte jedoch mittlerwei-

le eine Versöhnung von Umwelt und Entwicklung denkbar – die Konferenz vereinte nicht zufällig sowohl Umwelt als auch Entwicklung in ihrem Namen.

Obwohl eigentlich ebenfalls aus der Nachhaltigkeitsdefinition des Brundtland-Berichts herauslesbar, wurde in der Folge weit seltener dem **intra-generationalen** Gerechtigkeitsaspekt **in einem Land** Beachtung geschenkt: Immerhin war von der Bedürfnisbefriedigung einer Generation die Rede gewesen, was eigentlich eine allzu ungleiche Verteilung, z. B. eine Zweidrittelgesellschaft ausschließen sollte.

In Europa hat sich seither der politische Fokus auf die Frage **"Umwelt und Beschäftigung"** zuge-spitzt: Eine umweltfreundlichere, nachhaltigere Entwicklung soll auch (genügend) Beschäftigung schaffen. Im Weißbuch über "Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung" von 1993 wird z. B. betont, daß für die Wiedererreichung von hohen Wachstumsraten und einem hohen Beschäftigungsniveau ein "neues Entwicklungsmodell", nämlich jenes einer nachhaltigen Entwicklung, notwendig sei. Die Beschäftigungspotentiale dieses neuen Entwicklungsmodells werden in den neuen Märkten, und zwar jenen für Umwelttechnologien, Umweltinfrastruktur, Verbesserung der Energieeffizienz usw. gesehen. Letztlich ist es also das Wachstum umweltfreundlicher Produkte, Technologien und Dienstleistungen, das die Wachstums- und Beschäftigungskrise lösen helfen soll.

Mittlerweile kam auch die in den letzten Jahren paralyisierte Energiesteuerdiskussion wieder in Gang, allerdings wird sie nicht primär als Umweltmaßnahme, sondern – im Rahmen einer "ökologischen" Steuerreform mit Abtausch bei den Arbeitskosten – als Maßnahme zur Erhöhung von Wachstum und Beschäftigung diskutiert.

In Österreich hat auf sehr vorbildliche Weise seit 1992 eine 400 Experten aus allen gesellschaftlich relevanten Bereichen umfassende Gruppe auf Initiative des Umweltministeriums in mehrjähriger Arbeit den Nationalen Umweltplan (NUP) erarbeitet – ein Leitbild für Österreichs Zukunft unter dem Vorzeichen der nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung. Innerhalb von zwei Jahrzehnten sollen die grundlegenden Weichenstellungen in Richtung nachhaltiger Entwicklung gesetzt sein.

Der NUP konzentriert sich jedoch auf ökologische Problemstellungen, die Frage einer sozial verträglichen Entwicklung wird dort nur am Rande berührt¹⁾.

Zugleich geriet auch in der österreichischen Umweltpolitik die Frage nach den Beschäftigungseffekten von Umweltschutzmaßnahmen in den Vordergrund.

Tatsächlich schafft der Übergang zu einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung neue Beschäftigungspotentiale. Wird ein Übergang zu einer nachhaltigeren Entwicklung jedoch auch die Arbeitslosigkeit abbauen und damit nicht nur die Umweltkrise, sondern auch automatisch die Beschäftigungskrise lösen helfen? Und ist dem sozialen Aspekt einer nachhaltigen Entwicklung genüge getan, wenn durch Umweltschutz neue Arbeitsplätze entstehen?

¹⁾ In einer Umfrage wurde versucht, erste Anhaltspunkte über "soziale Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung" zu gewinnen (IFF/Soziale Ökologie).

Warum diese Verschiebung des Fokus? Mit welchen Konsequenzen?

Hintergrund dieser Verschiebung des Fokus ist natürlich die **hohe Arbeitslosigkeit** in den Industrieländern. Meist wird die Ursache in einer Wachstumsverlangsamung gesehen. Und deren Ursache? – Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, zu hohe Löhne? Zuwenig Globalisierung oder vielleicht zuviel Globalisierung? Verzögerter Strukturwandel? Realinvestitionsschwäche wegen der Diskrepanz zwischen Finanz- und Realkapital? Nachfragemangel? Falsche Wirtschaftspolitik? Ungleiche Verteilung? Zunehmende Armut?

Oder ist das Phänomen ohnehin besser als "jobless growth", also "Wachstum ja, aber mit immer weniger Beschäftigung" zu beschreiben?

Was auch immer die Ursache der Beschäftigungskrise ist, ihre Lösung fällt offenbar schwer. In dieser Situation ist jede Teillösung willkommen. Die neuen Umweltmärkte scheinen eine Lösung zu sein. Zwei Fliegen auf einen Schlag: Ökologische Nachhaltigkeit und Lösung der Beschäftigungskrise! Genügend "umweltfreundliches Wachstum", das zugleich die Arbeitslosigkeit reduziert! Die vorliegende Analyse bezweifelt nicht, daß es ein solches "umweltfreundliches Wachstum" geben könnte – ein Wachstum des Nutzens, der Dienste, des Know-how, ohne daß zugleich die Stoffströme wachsen. Sie stellt vielmehr die Frage, ob mit einem solchen "qualitativen", "dematerialisierten" Wachstum zugleich die Beschäftigungskrise gelöst würde.

Hinter dieser neuen Fokussierung auf einen positiven Zusammenhang zwischen "Umwelt und Beschäftigung", zwischen "sauberem Wachstum" und "Abbau der Arbeitslosigkeit", sammeln sich unterschiedliche Standpunkte und Interessen:

- Einerseits erhoffen sich jene "Wachstumsoptimisten", für die Arbeitslosigkeit in erster Linie eine Folge unzureichenden Wachstums ist, von der Lösung von Umweltproblemen einen neuen Markt und damit ein Wachstums- und Beschäftigungspotential. Sieht man weiters vor allem in den hohen Arbeitskosten die Ursache der Wachstums- und Beschäftigungskrise, so kann eine Senkung derselben z. B. im Zuge einer ökologischen Steuerreform wieder zu Wachstum und Beschäftigung führen.
- Andererseits sehen und betonen Umweltvertreter – nachdem sie sich jahrelang gegenüber dem Vorwurf verteidigen mußten, daß Umwelt ein Jobkiller sei – im Umweltschutz ebenfalls das Potential an neuen Arbeitsplätzen: Umweltschutz als "Jobknüller".
- Und schließlich reiht die Wirtschaftspolitik in Zeiten schwachen Wachstums und hoher Arbeitslosigkeit Umweltschutz als Luxus hinten: Umweltschutz ist nur insofern erwünscht, als er das Wachstum belebt und Beschäftigung schafft.

In dieser Allianz wird Beschäftigung in gewisser Weise zum Verkaufsargument für Umweltschutz (sowie teilweise Umweltschutz zum Verkaufsargument für Wachstum und Beschäftigung). Damit wird jedoch die Argumentation häufig diffus und der Diskurs manchmal verwirrend – welches Ziel wird eigentlich mit welchem Mittel verfolgt? Was wird warum wie von wem oder gegen wen mit welchen Mitteln angestrebt? Eine ökologische Steuerreform mit dem primären Ziel der Beschäfti-

gungsschaffung könnte z. B. möglicherweise anders aussehen als eine solche mit dem Ziel einer Weichenstellung in Richtung nachhaltiger Entwicklung.

Wenn nicht mehr jedes Ziel sich selbst "verkaufen" kann, weil es im gesellschaftlichen Diskurs nicht mehr als genügend wichtig erachtet wird, sondern ein anderes Ziel vorgeschoben wird, vermeidet man wohl mögliche Konflikte, die ein offener Diskurs mit sich bringen kann. Der Preis einer solchen Verdrängung ist jedoch häufig, daß einiges mehr von der Bildfläche verschwindet als nur der Anlaßfall. War der Anlaßfall das Harmonieziel "Beschäftigung durch Umweltschutz", so verschwanden einige wichtige Fragen, die ursprünglich im Nachhaltigkeitskonzept gemeint waren, zugleich aus dem politikrelevanten Blickfeld. Diese sollen im folgenden kurz diskutiert werden:

Wird/kann eine ökologisch nachhaltige Entwicklung ausreichend Beschäftigung schaffen und so einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Beschäftigungskrise schaffen? Oder könnte es auch so etwas wie "jobless sustainable growth or development" geben?

Was ist unter einer nicht nur ökologisch, sondern auch sozial²⁾ nachhaltigen Entwicklung zu verstehen? Welche Wege, welche Maßnahmen führen dorthin?

Inwiefern/wo gibt es tatsächlich Synergien zwischen der Lösung der Umwelt- und der Lösung der Beschäftigungskrise?

Inwiefern/wo gibt es vielleicht Widersprüche, und was kann, was soll man dann tun?

Einige Zahlen vorweg:

- Die Arbeitslosenquote beträgt in Europa derzeit über 10%, mit steigender Tendenz. Bilder einer Zweidrittelgesellschaft (oder gar einer Einfünftelgesellschaft?) drohen am Horizont.
- Die Umweltschutzmaßnahmen der letzten Jahrzehnte haben in den Industrieländern zu einem Bestand an Beschäftigung im "Umweltbereich" von etwa 2% der Gesamtbeschäftigung geführt.
- Untersucht man die Wirkung einzelner Umweltschutzmaßnahmen wie z. B. einer am Umweltziel ausgerichteten Energiesteuer auf die Nettobeschäftigung, so sind die Nettoeffekte – bei "intelligenter" Ausgestaltung – häufig positiv, allerdings nur geringfügig positiv.

Offensichtlich konnte die bisherige Umweltpolitik zwar keinen unwichtigen, aber doch auch keinen überragenden Beitrag zur Lösung der Beschäftigungskrise leisten. Wird der Übergang zu einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung wesentlich zur Lösung der wachsenden Beschäftigungskrise beitragen können? Oder wird es dazu einer Ergänzung durch eine explizit sozial nachhaltige Entwicklung bedürfen?

²⁾ Unter dem dritten Aspekt von Nachhaltigkeit, der ökonomischen Nachhaltigkeit, ist die Frage zu verstehen, ob eine nachhaltige Entwicklung genug Einkommens-, Produktions- und Wachstumspotentiale eröffnet. Für die vorliegende Untersuchung gehe ich davon aus und gehe einen Schritt weiter: Gegeben eine ökologisch nachhaltige Entwicklung, die solche ökonomischen Potentiale eröffnet, wird sie deshalb auch schon sozial verträglich sein, wird sie z. B. genügend Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen?

Welche Beschäftigungseffekte könnte eine ökologisch nachhaltige Entwicklung haben?

Wird eine nachhaltige Entwicklung **netto** bedeutende positive Beschäftigungseffekte haben, d. h. werden mehr neue Arbeitsplätze dazukommen als alte verlorengehen? Wo könnten Arbeitsplätze dazukommen, wo verlorengehen?

Diesen Fragen soll anhand zentraler Charakteristika einer ökologisch tragfähigen Entwicklung, soweit sie heute in groben Umrissen absehbar sind, nachgegangen werden. Die Antworten sind als erste Versuche einer Abschätzung zu verstehen:

Ein Kern des Übergangs zu einer ökologisch tragfähigen Entwicklung ist die

1. Verringerung des Stoffdurchsatzes und des Energieverbrauchs – um einen Faktor 4, 10 oder X^3)

Diese radikale Ressourceneffizienzsteigerung wird eher negative Beschäftigungseffekte haben: weniger Beschäftigte in der Rohstoff- und Energieerzeugung⁴), weniger Entsorgungstätigkeiten, weil weniger Abfälle anfallen. ... Die eventuell zusätzlich Beschäftigten in jenen Sektoren, die die effizienteren Maschinen oder das zur Effizienzsteigerung notwendige Know-how bereitstellen, dürften die stoff- und energiereduktionsbedingten Rückgänge nicht kompensieren (siehe Punkt 4).

2. Substitution natürlicher Ressourcen durch Arbeit und arbeitsintensiver technischer Fortschritt

Schätzungen über Faktorsubstitutionen und technischen Fortschritt z. B. im Zuge einer steuerlichen Mehrbelastung von Ressourcen/Emissionen und einer Minderbelastung von Arbeit sehen eher keinen absoluten Rückgang der Arbeitsproduktivität (z. B. 10 Arbeiter statt 1 Arbeiter je Maschine), sondern nur eine Verlangsamung der Arbeitsproduktivitätssteigerung (z. B. statt von 1 auf 0 Arbeiter je Maschine – von 1 auf $\frac{1}{2}$)⁵). Sollte dies auch für den weiteren Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung gelten, so wird keine Umkehrung der technologisch bedingten Beschäftigungsdynamik stattfinden, diese wird allerdings weniger stark negativ sein.

3. Strukturwandel – Abnahme rohstoffintensiver, Zunahme arbeits- und know-how-intensiver Branchen

Wieder könnte z. B. eine ökologische Steuerreform diesen Strukturwandel vorantreiben. Hier ist allerdings die erste Frage, ob tatsächlich ein Strukturwandel stattfindet oder nur eine Verlagerung der rohstoffintensiven Produktionen ins Ausland⁶).

³) Vgl. vor allem die Publikationen des Wuppertal-Instituts (E. U. von Weizsäcker, F. Schmidt-Bleek).

⁴) Dies gilt global: Wenn die Rohstoffe aus dem Ausland importiert werden, sinkt dort die Beschäftigung.

⁵) Vgl. die Studien (z. B. des WIFO oder des DIW), die die Auswirkungen von ökologischen Steuerreformen abschätzen.

⁶) In letzterem Fall ist die globale Entwicklung nicht ökologisch nachhaltig.

Eine ökologisch nachhaltige Entwicklung könnte in erster Linie eine Zunahme der **Dienstleistungen** bedeuten – mehr Beratung, mehr Know-how, mehr Wartung, mehr Pflege usw. Zahlreiche Dienstleistungen sind allerdings heute bereits sehr kapitalintensiv (Banken, Versicherungen, Verkehr u. ä.), auch stieg die Arbeitsproduktivität in diesen Branchen in den letzten Jahren sogar überdurchschnittlich. Mit den neuen Informationstechnologien wird außerdem das Wissen zunehmend unabhängig vom Menschen – so wird z. B. die Diagnoseerstellung für eine Autoreparatur immer weniger arbeitsintensiv.

Wird dieser Trend zur Steigerung der Arbeitsproduktivität vor jenen Dienstleistungen, die durch eine ökologisch nachhaltige Entwicklung Auftrieb erlangen, haltmachen?

Mir scheint in dieser Zunahme von Dienstleistungen eines der größten Beschäftigungspotentiale einer nachhaltigen Entwicklung zu liegen – auch wenn diese Dienstleistungen ebenfalls mit abnehmenden Arbeitsintensitäten erbracht werden.

4. Wachstumssektor Umweltprodukte, -technologien und -problemlösungen

Etwa 1,5% bis 2% der Beschäftigten arbeiten derzeit in den Industrieländern in Bereichen, die direkt oder indirekt dem Umweltschutz zugerechnet werden können⁷⁾. Die jährlichen Wachstumsraten sind überdurchschnittlich. Ein Übergang zu einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung wird weitere Beschäftigungspotentiale in diesem Bereich schaffen, es gibt allerdings auch Gegentendenzen⁸⁾: Je weniger End-of-pipe-Lösungen notwendig sind, weil Umweltschäden durch die Art und Weise der Produktion usw. vermieden werden, desto weniger Technologien (und entsprechend weniger Beschäftigte zur Erzeugung dieser Technologien) sind zusätzlich notwendig zur Verringerung, Verlagerung oder Beseitigung der Umweltbelastungen. Die sogenannten sauberen, integrierten Technologien oder Problemlösungen, die stärker auf Problemvermeidung abzielen und daher für eine nachhaltige Entwicklung besonders interessant sind, führen demgegenüber zu keiner oder nur zu geringerer Beschäftigungsausweitung: Statt zusätzlicher Anlagenteile werden bei integriertem Umweltschutz jene Anlagen, die ohnehin eingesetzt würden, "sauberer" gemacht, was nicht unbedingt mehr Beschäftigte im Anlagenbau impliziert. Findet die Verbesserung weniger auf technischer Ebene und mehr auf organisatorischer oder im Bereich der Optimierung bestehender Anlagen statt, so ist die zusätzliche Beschäftigung vermutlich ebenfalls gering.

Ähnlich ist die Zunahme sauberer (d. h. umweltfreundlicherer) Produkte zu sehen: Diese werden nicht zusätzlich erzeugt, sondern ersetzen meist Produkte, die die Umwelt stärker belasten.

⁷⁾ Sprenger, R.-U., *Environmental Policies and Employment*, OECD, erscheint 1997; für Österreich: Köppl, A., Pichl, C., *Wachstumsmarkt Umwelttechnologien*, WIFO, Wien, 1995.

⁸⁾ Vgl. z. B. Sprenger, R.-U., Blazejczak, J., "Employment in a Sustainable Future", Vortrag anlässlich der Konferenz "The Environment in the 21st Century", Abbaye de Fontévrard, 1996; Pichl, C., "Mit der Ökologie aus der Arbeitskrise? Beschäftigungschancen der Umweltpolitik", Vortrag anlässlich der gleichnamigen Tagung des Renner-Instituts, Wien, 1996.

5. Positiver Wettbewerbseffekt durch Umweltinnovationen beim Anwender

Sofern ein Unternehmen in seinem eigenen Betrieb, im eigenen Produktionsprozeß Umweltinnovationen und -verbesserungen tätigt (z. B. Öko-Audit, Einsatz sauberer Technologien usw.), können die Kosten der Umweltmaßnahme unter Umständen durch Kostensenkungen aufgrund der Ablaufverbesserung, durch Materialeinsparung und verringerte Entsorgungskosten mehr als kompensiert werden ("innovation offsets")⁹⁾: Die direkte Beschäftigung in diesem Unternehmen kann eventuell infolge des entstehenden Wettbewerbsvorteils steigen, zugleich wird aber häufig indirekt Beschäftigung verlorengelassen (siehe oben: 1. Verringerung des Material- und Energieverbrauchs).

6. Langlebige, wiederverwendbare, reparaturfreundliche Produkte, stärkere Nutzung von Produkten (Mieten statt Kaufen, Car-sharing usw.)

Ein wichtiges Kennzeichen einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung ist die Orientierung der Wohlfahrt an der Dienstleistung von Produkten statt an der Menge der Produkte selbst: Langlebige, wiederverwendbare, reparaturfreundliche oder stärker genutzte Produkte sind Möglichkeiten, eine "höhere Dienstleistung je Produkt" (d. h. höhere Wohlfahrt mit weniger Produkten) zu erzielen. Für die Beschäftigung bedeutet diese Tendenz

- weniger Beschäftigung in der Produktion (einschließlich der Vorleistungen) und
- mehr Beschäftigung in der Wartung, Reparatur, Software-Erstellung usw.

Ebenso wie bei den traditionellen Dienstleistungen (Punkt 3) liegt auch in diesem neuen Dienstleistungskonzept ein Beschäftigungspotential. Der Nettoeffekt ist allerdings nicht eindeutig.

7. Suffizienz

Während es im vorhergehenden Absatz um "steigende Dienstleistungen je Produkt" geht, spricht "Suffizienz" die Verringerung nicht nur der Produkte, sondern auch der Dienstleistungen, die man in Anspruch nimmt, an. Mit dieser Tendenz sind eindeutig weniger Beschäftigte verbunden.

8. Beschäftigung für Umweltfürsorge/Umweltvorsorge

Hier geht es um direkte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit Fokus entweder auf spezielle Gruppen von Beschäftigung Suchenden und/oder auf spezielle Umweltprojekte sowie um Ausbildungsmaßnahmen im Rahmen einer umweltschutzorientierten aktiven Arbeitsmarktpolitik. Hier besteht ein gewisses – wenn auch nicht sehr großes – Beschäftigungspotential.

⁹⁾ Vgl. z. B. Köppl, A., Pichl, C., Wettbewerbsvorteile durch umweltschutzinduzierte Innovationen, WIFO, Wien, 1997 (erscheint demnächst).

Schlußfolgerungen

- Obwohl natürlich erstens die aufgezählten Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung noch unvollständig und obwohl die Beschäftigungseffekte in kaum einem Fall quantifizierbar sind, scheint mir doch die erste Evidenz eher in die Richtung zu gehen, daß eine ökologisch nachhaltige Entwicklung nicht automatisch die drohende Beschäftigungskrise wird lösen können.
- Vor diesem Hintergrund halte ich es für wichtig, eine ökologisch nachhaltige Entwicklung und die Lösung der Beschäftigungskrise als **zwei eigenständige, gleich dringende, gleich wichtige Ziele** zu sehen, die beide rasch und grundlegend verfolgt werden müssen.

Ökologische Nachhaltigkeit bezieht sich auf den Schutz der natürlichen Lebens- und Wirtschaftsvoraussetzungen und ist **nicht nur insofern** zu verwirklichen, als sie zugleich Beschäftigung schafft.

Umgekehrt ist "Beschäftigung/Arbeit/Existenzsicherung für alle" eine soziale Lebensvoraussetzung, die **nicht darauf warten kann**, ob eine nachhaltige Entwicklung zufällig doch genügend Arbeitsplätze schafft.

Wo es **Synergien** gibt, wird man diese natürlich **nutzen** – sogenannte Win-win-Strategien oder doppelte Dividenden (Beispiele sind die Förderung von Umweltproblemlösungen, eine umweltorientierte Technologiepolitik oder ein kluges Ökosteuer-Design). Es ist natürlich auch sinnvoll, möglichst viele Win-win-Strategien zu finden bzw. zu schaffen. Generell ist eine Integration der beiden Politikbereiche Umwelt und Beschäftigung wichtig¹⁰⁾.

Wo die beiden Ziele jedoch **widersprüchlich** sind (wie vermutlich bei der für Nachhaltigkeit notwendigen Stoffstromreduktion), wird in einigen Fällen ein klarer **Vorrang für die ökologische Nachhaltigkeit** zu geben sein – und zwar deshalb, weil die Umweltkrise nur so zu lösen ist – wie z. B. eben durch eine drastische Stoffstromreduktion. Ein durch einen solchen Strukturwandel ausgelöstes Arbeitsmarktproblem wird dann anders gelöst werden müssen (mit Instrumenten der Regionalpolitik, der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der Bildungspolitik oder generell durch eine Grundsicherung für alle – siehe unten).

Umgekehrt sollte es einen **Vorrang für Beschäftigung** dann geben, wenn das Umweltproblem relativ unwichtig ist, z. B. im berühmten Fall des letzten Hundertstels einer nicht akut gefährlichen Emission, deren Beseitigung bereits hohe Grenzkosten verursacht.

- Eine ökologisch nachhaltige Entwicklung könnte also tatsächlich – trotz möglicherweise ökonomisch nachhaltigen Wachstums (von Nutzen, Diensten, Wohlfahrt usw. bei gleichzeitiger Stoffstrom- und Emissionsreduktion) – mehr oder weniger **"jobless"** sein und würde daher nicht automatisch die Beschäftigungskrise lösen.
- Sollte eine nachhaltige Entwicklung, ein nachhaltiges Wachstum tatsächlich eher "jobless" verlaufen, dann werden nicht nur im ökologischen, sondern auch im sozialen Bereich grundlegendere Weichenstellungen nötig sein. Und eine **sozial verträgliche und nachhaltige Entwicklung** wird weitreichendere Änderungen notwendig machen als "nur" die Schaffung

¹⁰⁾ Wie generell eine Integration der Querschnittsmaterie "Nachhaltigkeit" mit allen anderen Politikbereichen.

von Arbeitsplätzen durch Umweltschutz. Die Einengung auf diesen – wenn auch kurzfristig und im Einzelfall sehr interessanten – Blickwinkel der Beschäftigungseffekte von Umweltmaßnahmen hat in den letzten Jahren die Dringlichkeit einer umfassenderen, d. h. auch sozialen Nachhaltigkeit aus dem Blickfeld verdrängt.

In einem umfassenden Verständnis von Nachhaltigkeit, das neben der ökologischen die soziale Nachhaltigkeit als ebenso dringlich sieht, stellt sich die Frage, ob eine Fokussierung der Beschäftigung auf die "Erwerbsarbeit" überhaupt noch sinnvoll ist, oder ob man nicht längerfristig auch die **Versorgungsarbeit** mitdenken muß. Diese bildet ja neben den natürlichen Ressourcen und der natürlichen Mitwelt eine weitere unbezahlte Voraussetzung jeglichen Wirtschaftens. Ähnliches gilt für "funktionierende" soziale Systeme. Frauen als besonders Betroffene von dieser Behandlung unbezahlter Versorgungsarbeit haben hierfür den Überbegriff "**Vorsorgen des Wirtschaftens**" anstelle des nachhaltigen Wirtschaftens geprägt¹¹⁾.

Eine Aufwertung der Versorgungsarbeit kann insbesondere durch eine Entkoppelung von Arbeit und Existenzsicherung geschehen: z. B. durch ein **Grundeinkommen** für alle. Interessant erscheint mir hier besonders die Parallele dieses Konzeptes aus dem sozialen Bereich mit dem Ökobonus aus dem ökologischen Bereich: Dieser bedeutet gleichsam eine **Mobilitäts-Grundversorgung**, finanziert durch all jene, die mehr und umweltbelastender als der Durchschnitt Mobilität beanspruchen. Beide Grundversorgungskonzepte ermöglichen eine stärkere Ausrichtung auf den Bedarf (den Nutzen/Dienst von Produkten) oder auf das Bedürfnis (zu arbeiten). In beiden Fällen regelt über dieser Bedarfs-Minimumgrenze weiterhin der Markt die Allokation und Verteilung – höheres Einkommen als Anreiz für mehr Arbeit, höherer Preis als Abgeltung für mehr/andere Mobilität.

Neben der Entkoppelung von Arbeit und Einkommen durch ein Grundeinkommen werden auch andere Konzepte der **Neuverteilung von Arbeit und Einkommen** (Arbeitszeitverkürzung, Flexibilisierung usw.) ausschlaggebend sein dafür, ob eine ökologisch und ökonomisch tragfähige Entwicklung auch sozialverträglich sein wird.

- Während es bereits relativ klare Vorstellungen darüber gibt, wie der Weg zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise aussehen könnte (obwohl natürlich auch hier noch Konkretisierungsbedarf besteht und die Umsetzung ein teilweise langwieriger Prozeß ist), sind bezüglich einer auch sozial nachhaltigen Entwicklung noch viele **Fragen** offen. Diese Fragen zu formulieren und Antworten zu suchen, ist ebenso wichtig, wie dies im Falle der ökologischen Nachhaltigkeit der Fall war.
- Eine Konzentration auf den Fokus der Beschäftigungseffekte von Umweltschutzmaßnahmen, wie sie derzeit in Europa stattfindet, scheint mir nur dann sinnvoll, wenn dies als Kurzfrist-Strategie im Rahmen eines übergeordneten und längerfristigen Konzeptes einer ökologischen **und sozialen** Nachhaltigkeit gesehen wird. Dieses Konzept gilt es erst zu erarbeiten.

¹¹⁾ Vgl. Politische Ökologie, Sonderheft Nr. 6, "Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit", St. Gallen-München, 1994.

© Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 1997.

Medieninhaber (Verleger), Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung • Wien 3, Arsenal,
Objekt 20 • A-1103 Wien, Postfach 91 • Tel. (43 1) 798 26 01-0 • Fax (43 1) 798 93 86 • Verlags- und
Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: S 100,-.